

Palliative Care soll ins Gesetz

Erstmals in der Schweiz ist gestern im Thurgau eine Volksinitiative für Palliative Care lanciert worden. Sie will das Recht Sterbender auf die bestmögliche Betreuung im Gesetz verankern.

WEINFELDEN – Bei der Betreuung schwerkranker und sterbender Menschen hinkt der Thurgau anderen Kantonen wie St. Gallen und Zürich hinterher. Das behauptet ein überparteiliches Komitee unter dem Präsidium von SVP-Kantonsrätin Marlies Näf-Hofmann. Die Arbonerin kämpft seit acht Jahren dafür, dass auch im Thurgau ein Sterben in Würde möglich ist. In den Kantonsspitalern werde zwar sehr gute Arbeit bei der Sterbegleitung geleistet, aber eine vorausgehende umfassende Palliative Care finde nicht statt, sagt die Pflegefachfrau und Kreuzlinger SP-Kantonsrätin

Barbara Kern. Palliative Care umfasst neben dem Lindern von Schmerzen und Beschwerden auch psychologische und seelsorgerische Betreuung.

Mehr versprochen worden

Vor rund drei Jahren lehnte es der Grosse Rat jedoch ab, eine Pflicht zur Einrichtung von Palliativ-Stationen im Gesundheitsgesetz zu verankern. Aufgenommen wurde lediglich «eine reine Soll-Bestimmung», sagt Marlies Näf-Hofmann. Damals sei mehr versprochen worden als schliesslich gehalten wurde, stellt der Arboner CVP-Kantonsrat Luzi Schmid fest. Schwerstkranke und Sterbende würden in den Kantonsspitalern heute auf der normalen Akutstation untergebracht. Es fehle an Zimmern, in denen sie angemessen betreut werden können. Die Initiative will erreichen, dass der Kanton mit der Spital Thurgau AG Leistungsvereinbarungen für die Einrichtung von Palliativ-Stationen abschliesst. (tz)